Europäische Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung

Ohne EWR zusätzliche Nachteile für die Sicherheit

Die EG-Länder arbeiten über das Trevi-Abkommen und das Schengener Übereinkommen, das die Grenzkontrollen abbaut, gleichzeitig aber Kompensationsmassnahmen einführt, in der Verbrechensbekämpfung immer enger zusammen. Es ist zu erwarten, dass einmal alle EWR-Staaten in diese Zusammenarbeit einbezogen werden. Eine Absage an den EWR könnte die Position der Schweiz in der notwendigen polizeilichen Kooperation erheblich schwächen.

cs. Der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital im europäischen Binnenmarkt ab 1993 hat Auswirkungen auf die *innere Sicherheit und Ordnung* der beteiligten Länder. Es braucht wenig Phantasie, sich vorzustellen, dass der freie Verkehr auch missbraucht und zu kriminellen Zwecken ausgenutzt werden kann. Dessen sind sich die EG-Länder seit längerem bewusst. Sie sind nicht zuletzt deshalb daran, die Zusammenarbeit auf polizeilicher Ebene zu intensivieren. Die übrigen Länder des EWR sind zwar noch nicht direkt einbezogen in diese wichtige polizeiliche Kooperation bei der internationalen Verbrechensbekämpfung. Doch erwartet der Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt, *Markus Mohler,* wie er in einem Gespräch gegenüber der NZZ betonte, dass die unmittelbare polizeiliche Zusammenarbeit in der Zukunft auf den gesamten EWR-Raum ausgedehnt werden dürfte. Bei einem Nein der Schweiz zum EWR werden die Chancen, unmittelbar mitarbeiten zu können, indes geschmälert. Könnte die Schweiz gar zu einer Insel der Unsicherheit werden?

Trevi- und Schengen-Übereinkommen

Die *polizeiliche Zusammenarbeit* der EG-Staaten erfolgt einerseits über das 1976 abgeschlossene Trevi-Abkommen und anderseits über die Vereinbarung von Schengen. Bei beiden Übereinkommen handelt es sich nicht um EG-Instanzen, sondern um eine jeweils separat vereinbarte polizeiliche Zusammenarbeit der EG-Länder. Die Mitwirkung ist auf EG-Länder beschränkt. Das *Trevi-Abkommen* sieht die Kooperation im Kampf gegen Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und Gewalt im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit vor. Es finden heute unter den beteiligten Ländern ein Austausch von polizeilichen Verbindungsbeamten und eine Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung statt. Ab 1993 wird die Informationszentrale Europol zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels in Betrieb genommen. Polizeistellen der Vertragspartner (zu denen die Schweiz nicht gehört) werden zu ihr einen direkten Zugang haben.

Besonders eng in Verbindung mit dem europäischen Binnenmarkt steht der Abbau und schliesslich die *Aufhebung von Grenzkontrollen* zwischen EG-Staaten im Rahmen des *Schengener Abkommens.* Heute sind bis auf Dänemark, Grossbritannien und Irland alle EG-Länder Mitglied des Schengen-Übereinkommens. Die Beseitigung der Grenzkontrollen steht in der Logik des europäischen Binnenmarktes, des freien Verkehrs von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, wie *Mohler* unterstreicht. Dieser Abbau verlangt aber selbstverständlich nach *Kompensationsmassnahmen.* Zur Kompensation der Aufhebung der Grenzkontrollen sieht das Schengener Abkommen etwa vor, dass an den EG-Aussengrenzen die Kontrollen verstärkt werden sowie ein Schengen-Informations-System (SIS), ein gemeinsames Fahndungssystem, aufgebaut wird. Die polizeiliche Zusammenarbeit wird – wie auch das «Program of action» von Trevi vorsieht – generell ausgebaut und das Rechtshilfeverfahren stark vereinfacht. Zwischen den Schengener Staaten wird ferner auch ein einheitliches Vorgehen im Bereich des Asylwesens und der Migration sowie bei den Visabestimmungen anvisiert.

Keine Teilnahme an den Kompensationsmassnahmen

Obwohl das Schengener Abkommen grundsätzlich nur EG-Mitgliedern zugänglich ist, erwartet der Basler Polizeikommandant, dass bald ein wie auch immer gearteter *Einbezug aller EWR-Länder* erfolgen wird. Von einem Abseitsstehen der Schweiz, bei einem Nein zum EWR, befürchtet er indes erhebliche negative Auswirkungen auf unser Land. Die *verstärkte Kontrolle an den Aussengrenzen* der EG ist zum Beispiel mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Zunächst liesse die verstärkte Kontrolle im Prinzip nicht mehr zu, dass man die Schweizer Grenze zu Italien, Frankreich oder Deutschland ohne langwierige Kontrollen passieren könnte. Anderseits aber wird eine genaue Identitätskontrolle angesichts des grossen Grenzverkehrs unmöglich sein. Allein auf der N 2 bei Basel passieren täglich zwischen 20 000 und 50 000 Fahrzeuge die Grenze. Eine eingehende Kontrolle würde nach Mohler täglich zu langen Staus führen. Mit der deutschen Bundesbahn reisen jährlich 4,5 Millionen Personen nach Basel. Sie alle genaustens zu kontrollieren ist schlicht unmöglich. Ausserdem ist zu erwarten, dass künftig die Grenzübertritte noch zunehmen.

De facto also kann die Grenzkontrolle gegenüber heute kaum verstärkt werden. Dies bedeutet aber – davon ist Mohler überzeugt – eine *erhöhte Unsicherheit.* Denn innerhalb der EG hat ein Tatverdächtiger nicht mehr zahlreiche Grenzen zu überqueren mit dem Risiko, irgendwo einmal erkannt zu werden. Es erfolgt nur noch *eine* Grenzkontrolle. Die Wahrscheinlichkeit, unentdeckt zu bleiben, ist deshalb grösser. An den *Kompensationsmassnahmen* auf der andern Seite, die im Schengener Abkommen gleichzeitig getroffen werden, um diese Unsicherheiten auszugleichen, ist die Schweiz aber namentlich bei einem Abseitsstehen *nicht beteiligt.* Sie hat bisher keine Verbindungsleute in den Polizeizentralen der EG-Länder, ist nicht am Fahndungssystem direkt angeschlossen und kann auch am intensiven Erfahrungsaustausch und an der weiteren Ausgestaltung nicht teilhaben. Rechtshilfeverfahren schliesslich sind weiterhin nach dem geltenden komplizierten Verfahren abzuwickeln.

Insel der Unsicherheit?

Ferner sieht Mohler die Gefahr, dass das organisierte Verbrechen, international organisierte Banden, der Drogenhandel, Geldwäscher, versucht sein könnte, von der Schweiz aus zu operieren oder unser Land als *Rückzugsbasis* zu benutzen. Die *gemeinsame Asylpolitik* (Erstasylabkommen) führt sodann dazu, dass von irgendeinem EG-Land abgewiesene Asylbewerber sich jeweils mit einem neuen Gesuch an ein Nichtmitglied wie etwa die Schweiz wenden, da es sinnlos ist, in einem Mitgliedstaat erneut ein Gesuch zu stellen. Um solche Wanderungen zu vermeiden, haben die EG-Länder im Juni 1992 den Ländern, die das EWR-Abkommen abschliessen wollen, ein Parallelabkommen angeboten. Nach Mohlers Ansicht ist es aber durchaus denkbar, dass dieses Angebot bei einer Absage an den EWR zurückgezogen würde.

Bei einem Nein zum EWR besteht für die Schweiz das Risiko, dass sie nicht oder nicht voll in die europäische polizeiliche Zusammenarbeit einbezogen wird. Dies würde, wie der Basler Polizeikommandant überzeugt ist, den *Kampf* gegen das Verbrechen *erheblich erschweren.*

EWR-Abstimmungssplitter

Der Mond im Stier und andere Faktoren

Hohe Zeit für Demoskopen, Astrologen und Demagogen

gfh. Der Abstimmungskampf um den EWR-Beitritt treibt, eine Woche vor dem 6. Dezember, vielerlei Blüten, bunte und exotische, erheiternde, aber auch giftige. Leistet das *Fernsehen* vor allem die grossräumige Verbreitung von Informationen, Argumenten und Stimmungen – 814 000 Zuschauerinnen und Zuschauer sollen beispielsweise die freitägliche Sendung des Fernsehens DRS mit dem «Duell» Blocher - Schmid gesehen haben (vgl. nächste Seite) –, so bewähren sich die *Zeitungen* einmal mehr als unentbehrliche Träger einer umfassenden und bürgernahen Meinungsbildung. Nur hier hat die fast unübersehbare Vielfalt der Pro- und Contra-Komitees die Möglichkeit, ihre verschiedenartigen Argumente für ein Ja oder Nein darzulegen. Daneben nehmen aber auch unzählige *Einzelpersonen* zur Frage «EWR Ja oder Nein» Stellung.

*

Klar erkennbar ist seit etwas mehr als einer Woche das nochmals verstärkte Engagement der Befürworter, insbesondere aus Kreisen der *Wirtschaft,* von der man zuvor manchmal den Eindruck einer gewissen Passivität gewonnen hatte. Immer deutlicher zeigt sich dabei, dass die Reizwort-Argumentation des sich gerne als Unternehmer gebärdenden Führers der EWR-Gegner, Nationalrat *Christoph Blocher,* bei vielen Vertretern der schweizerischen Wirtschaft zunehmend auf Ablehnung und Unverständnis stösst. So hat am Wochenende der St. Galler HSG-Professor *Cuno Pümpin* den vierköpfigen Verwaltungsratsausschuss und auch den Verwaltungsrat der *Ems-Chemie* verlassen und diesen Schritt mit der Abstimmungsstrategie des Mehrheitsaktionärs Blocher begründet, die «mehr und mehr nationalistische und fundamentalistische Züge» trage. Der Entscheid sei für ihn zu einer Gewissensfrage geworden, da Blocher demokratische Spielregeln verletze und eine gefährliche Polarisierung betreibe, schreibt Pümpin. Auch bei der *Schweizerischen Bankgesellschaft* fragt man sich nach dem von der Fernsehsendung «10 vor 10» gezeigten Zusammenstoss zwischen Verwaltungsrat Blocher und Generaldirektor Robert Studer offenbar, ob Blocher noch «tragbar» sei. Sein Verwaltungsratsmandat läuft an der nächsten Generalversammlung aus.

*

In der Flut von Inseraten und Inserätchen fallen viele Stellungnahmen Privater auf, die dafür offenbar tief in ihr eigenes Portefeuille greifen. Nicht zu dieser Kategorie scheint der sonst vorwiegend in Mitsubishi-Werbespots auftretende *Walter Roderer* mit seinen ganzseitigen und stellenweise ressentimentgetränkten Anzeigen zu gehören: Diese werden, wie der «Sonntags-Blick» meldet, unter anderen vom *Autoimporteur Hugo Erb* mitfinanziert. Womit neben SVP-Nationalrat Walter Frey bereits der zweite Autoimporteur gegen den EWR Sturm läuft beziehungsweise laufen lässt und dergestalt für die Rettung unserer nationalen Identität eintritt.

Vermutlich selber bezahlt hat sein Inserat jener Bündner Arzt, der zur Ablehnung des EWR aufruft, weil dieser – *gesundheitsschädlich* sei: «Ungehemmte Mobilität, mehr Wettbewerb, Konkurrenzverwilderung und beruflicher Stress führen zu noch mehr Magengeschwüren, Herzinfarkten, Migräne und seelischen Störungen.» Als Arzt könnte ihm dies ja zwar recht sein: Der Mann schreibt also eindeutig als besorgter Staatsbürger . . . Ernster nehmen werden ältere, auf die Solidarität der Jungen und Gesunden angewiesene Mitbürgerinnen und Mitbürger das ganzseitige Inserat des mittlerweile 79jährigen Altbundesrats *Hans Peter Tschudi.* Der einstige Sozialminister ruft darin eindringlich zu einem EWR-Beitritt auf, weil nur eine Steigerung des Sozialprodukts die Renten langfristig sichere. Nicht zum vorneherein selbstverständlich ist ferner die Stellungnahme einer eher dem rechten Teil des Spektrums zuzuordnenden Organisation, die für ein «kritisches Ja zum EWR» eintritt: des *«Trumpf Buur».*

Auf die Seite der Gegner hat sich auch die Geistheilerin *Uriella* alias Erika Bertschinger geschlagen. Als Sprachrohr Gottes erfahre sie «über den heissen Draht stets alles Wichtige direkt von oben», lesen wir in der EWR-Beilage der «Basler Zeitung». Ein EWR-Beitritt würde, so weiss Uriella deshalb mit Sicherheit, aus der Schweiz in Kürze einen «versklavten abhängigen Kleinstbezirk in der freimaurerischen, weltlichen Wüstenplanung der Technokraten Europas» machen.

*

Die *Demoskopen,* die mit ihren Prognosen die Rolle der Propheten und Eingeweideschauer des Altertums übernommen haben, haben nach wie vor Hochkonjunktur. Sie sehen zurzeit die Stimmung eher in Richtung auf ein Ja schwenken. Die ehrlicheren unter ihnen fügen allerdings jeweils bei, dass ihre Prognosen eigentlich *Momentaufnahmen* sind, die im Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung bereits überholt sind und deren Beliebtheit vor allem darauf beruht, dass man sehr viel – in der Praxis heisst das: die eigene Meinung – in sie *hineininterpretieren* kann. So wie es etwa der «Sonntags-Blick» getan hat, als er vor zwei Wochen den EWR mit Hilfe einer solchen Umfrage totsagte, indem er die Unentschlossenen kurzerhand mehrheitlich dem Nein-Lager zuzählte.

Doch die modernen Eingeweideschauer und ihre Interpreten haben jetzt Konkurrenz durch ihre Vorgänger erhalten. In einer *astrologischen Prognose,* die wir erhalten haben, wird der Abstimmungsausgang klar vorausgesagt: «Der Aszendent auf 18° Wassermann gibt das Thema des Umbruchs, der Erneuerung (. . .) zu erkennen. Eine neue Bestimmung kommt zum Ursprung, indem die alte Bestimmung aufgehoben wird.» Besondere Aufmerksamkeit werden Frühaufsteher und noch Unentschlossene der folgenden Passage aus dem uns vorliegenden Text einer Astrologin aus Altdorf widmen müssen: «Die letzten drei Stunden bis zur Schliessung der Wahllokale werden es dem unentschlossenen Bürger erleichtern, ein Ja zum EWR-Beitritt zu sagen. Der Mond im Stier möchte eine soziale Gemeinschaft produzieren.» Dem Aufruf für eine soziale Gemeinschaft steht aus staatsbürgerlicher Sicht eigentlich nichts im Wege: Jedenfalls dann nicht, wenn damit die soziale Gemeinschaft derer gemeint ist, die am 6. Dezember (oder schon vorher) *zur Urne gehen!*

Weiterer Rückgang des Rätoromanischen

Noch 72 Bündner Gemeinden mehrheitlich romanischsprachig

Wie aus den vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Daten der Eidgenössischen Volkszählung 1990 hervorgeht, hat sich im letzten Jahrzehnt in sechs weiteren Bündner Ortschaften das sprachliche Mehrheitsverhältnis zuungunsten des Romanischen verändert. Markant ist der Rückgang der ehemaligen Hauptsprache des Bergkantons aber auch in jenen 72 Gemeinden, in denen noch die Mehrheit romanisch spricht; er betrug durchschnittlich 10 Prozent. In den übrigen Sprachgebieten änderten sich die Verhältnisse nur geringfügig.

Lose Sprachinseln im Bündnerland

ru. Seit 1860 wird in den Volkszählungen der Schweiz auch die Muttersprache erhoben. Während sich in der übrigen Schweiz die Sprachgrenzen seither nur wenig veränderten, löste sich der ehemals einheitliche rätoromanische Sprachraum in Graubünden zusehends in nur noch lose zusammenhängende Sprachinseln auf. Auch in der jüngsten Zeit ist der *territoriale Erosionsprozess* der Rätoromania *weiter fortgeschritten.* Wie aus den ersten veröffentlichten Sprachdaten der Volkszählung 1990 hervorgeht, haben sich seit 1980 in sechs weiteren Bündner Gemeinden die sprachlichen Mehrheitsverhältnisse zuungunsten des Romanischen verändert. Einzig in *Alvaschein* im Bezirk Albula wechselte die sprachliche Mehrheit von *Deutsch auf Romanisch.* Da sich auch im bisher italienischsprachigen Bivio eine deutschsprachige Mehrheit etablierte, werden von den insgesamt 213 Bündner Gemeinden neu 117 dem deutschen, 72 dem romanischen und 24 dem italienischen Sprachgebiet zugerechnet. Bisher noch nicht abgeschlossen hat das Bundesamt für Statistik die Auswertung der gesamtschweizerischen Daten. Bei der letzten Volkszählung hatten landesweit insgesamt 51 128 (0,8 Prozent) Personen Romanisch als Muttersprache angegeben. Gut 40 Prozent davon lebten ausserhalb der romanischen Sprachgebiete.

In der übrigen Schweiz änderte sich das Verhältnis zwischen den Sprachen nur in drei Fällen. Im *Kanton Freiburg* bildete sich in Wallenried neu eine französischsprachige sowie in Courgevaux eine deutschsprachige Mehrheit, und in Orselina im *Tessin* ging der Anteil der deutschsprachigen Einwohner von 51 auf 45,5 Prozent zurück. Die Walsersiedlung Bosco/Gurin ist damit wieder die einzige deutsche Enklave im Südkanton.

Labile Sprachgrenzen

Von den sechs Bündner Gemeinden, die neu zum deutschen Sprachgebiet zählen, waren bis anhin drei romanische Sprachinseln. Es sind dies Trin zwischen Reichenau und Flims, Scheid im Domleschg und Lantsch/Lenz im Albulatal. Wie labil die Situation in den sprachlichen *Grenzgebieten* ist, zeigt sich auch im Engadin. Terrainverluste musste hier das Romanische vor allem um die bisherige deutsche Sprachinsel Madulain in der Mitte des Tals hinnehmen. Eine deutschsprachige Mehrheit weisen jetzt nämlich auch Zuoz und La Punt-Chamues-ch auf, die Nachbargemeinden von Madulain. Auch Pignia, wo sich das sprachliche Mehrheitsverhältnis ebenfalls änderte, liegt in unmittelbarer Nähe der dortigen Sprachgrenze. Mit einer Ausnahme (Zuoz/4,8 Prozent) nahm der Anteil der Romanischsprachigen in den vom Sprachwechsel betroffenen Gemeinden im letzten Jahrzehnt um rund einen Fünftel ab. Markant war der Rückgang des Romanischen auch in jenen Gemeinden, in denen die Romanen weiterhin in der Mehrheit sind. Er betrug durchschnittlich 10 Prozent.

Veränderte Frage bei der Erhebung

Der stete Rückgang des Romanischen ist eine bekannte Tatsache. Das *Ausmass* des Terrainverlustes im letzten Jahrzehnt ist dennoch *überraschend gross.* Dies insbesondere, da seit Beginn der 80er Jahre die Bemühungen – und auch die Aufwendungen – für den Erhalt und die Pflege der vierten Landessprache stark intensiviert wurden. Auch für *Bernard Cathomas,* den Sekretär der Lia Rumantscha, sind die Volkszählungsdaten schlechter ausgefallen als erwartet. Ohne die bekanntermassen wenig günstige Situation der Minderheitssprache beschönigen zu wollen, weist er allerdings auch darauf hin, dass bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden müsse, dass die Sprachdaten in den beiden letzten Volkszählungen unterschiedlich erhoben worden seien. Während man 1980 *explizit* nach der *Muttersprache* gefragt habe, sei diese 1990 *indirekt* erhoben worden, die Frage lautete nämlich: «Welches ist die Sprache, in der Sie denken und die Sie am besten beherrschen?» Angesichts der grundsätz-

Inland

Verbrechensbekämpfung im EWR
Der geplante Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der EG betrifft die EFTA-Länder im EWR nicht direkt. Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum verbessert jedoch die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität. 13

Gefährdetes Rätoromanisch
Nach den Daten der Volkszählung hat sich der Rückgang des Rätoromanischen in den achtziger Jahren deutlich fortgesetzt, obwohl die Bemühungen zur Vitalisierung der vierten Landessprache verstärkt worden waren. 13

Forschung für Bestrahlung von Krebs
Am Paul-Scherrer-Institut werden vermehrt Brücken von der Grundlagenforschung zur technischen Anwendung geschlagen. Ein Beispiel ist die Entwicklung eines Verfahrens zur Krebstherapie mittels Protonenstrahlen. 15

Feuilleton

Moderne Kunst im Norden Deutschlands
Dass der protestantische Norden Deutschlands nach wie vor durch eine Kunst- und Bilderfeindlichkeit geprägt sei, ist ein Klischee. In den vergangenen Jahren ist in den Metropolen Norddeutschlands ein nachhaltiges Interesse für moderne Kunst erwacht. Eine Fülle von Projekten ist in Gang gekommen, denen der Süden nur wenig entgegenzusetzen hat. 16

Messiaen-Erstaufführungen in Zürich
Im ersten Konzert der Reihe «Klassik plus» sind in der Zürcher Tonhalle zwei Spätwerke des französischen Komponisten Olivier Messiaen (1900–1992) in schweizerischer Erstaufführung gespielt worden. Solistin war Yvonne Loriod, die Witwe des Komponisten. 17

lichen Zweisprachigkeit der Romanen, die zudem ihre Ausbildung spätestens ab der Primarschule in deutscher Sprache absolvieren, ziele die Frage nicht unbedingt nach der Muttersprache im emotionalen Sinne. Da in der Erhebung von 1990 neu zusätzlich auch gefragt wurde, welche Sprache man zu Hause bzw. im Beruf regelmässig spreche, ist es nach Cathomas möglich, dass sich dadurch gewisse *Verzerrungen* der Resultate ergeben haben könnten. Um sich ein umfassendes Bild der Situation des Romanischen machen zu können, müsse man deshalb die *detaillierten Auswertungen* zur Sprachsituation in der Schweiz abwarten. Gemäss den Angaben des Bundesamtes für Statistik werden diese im Frühjahr 1993 veröffentlicht.

Volkstribun ohne Volk

Die EWR-Fernsehauseinandersetzung Blocher gegen Schmid

fre. Die Frage nachher war: Hat die dreistündige, nur von einem Informationsmagazin unterbrochene Fernsehsendung DRS am Freitag abend (NZZ Nr. 278), Stimmabsichten geändert oder festgelegt? Sie war ein auch als solcher *inszenierter Kampf* um die im Hinblick auf den Abstimmungssonntag des 6. Dezember nach wie vor *Unentschiedenen* zwischen dem Vertreter des Nein, Nationalrat *Christoph Blocher* (svp., Meilen), und einem profilierten Befürworter des Beitritts zum EWR, Landammann und Ständerat *Carlo Schmid* (Appenzell Innerrhoden, cvp.). Bei der von *Anton Schaller* geleiteten Direktübertragung wirkten aus jedem Lager noch vier prominente Politiker mit (Ja: Thomas Onken [sp.], Albrecht Rychen [svp.], Vreni Spoerry [fdp.] und Monika Weber [ldu.]; Nein: Jean-Pierre Bonny [fdp.], Verena Diener [gp.], Michael E. Dreher [ap.] und Andreas Gross [sp.]).

Man mag zur Aufbereitung politischer Information als personifiziertes Spektakel stehen, wie man will. Hier war die Personifizierung nicht das Werk des Fernsehens. Sie war schon lange vorher eine Tatsache. Wenn die übers Ganze gesehen *gelungene Dramaturgie* des Fernsehabends ganz im Zeichen der Konfrontation von Gladiatoren stand, kam sie damit sicher den Publikumserwartungen entgegen. Und das sowohl vordergründig – vom Unterhaltungswert her – als auch hintergründig, indem sie Einsichten in die Taktik der Teilnehmer erlaubte. Das allerdings vor allem in den beiden ersten Sendeteilen und weniger im dritten, der direkten Begegnung, die eigentlich als Höhepunkt des Abends gedacht war. Diese blieb blass, was vor allem dem Vollblutpolitiker Blocher schadete. Das mag einmal damit zu tun haben, dass die ins Zentrum gestellten Themen zu «juristisch» (Autonomie der Rechtsetzung) und zu langfädig abstrakt (Vertrauen in die Politiker) behandelt wurden. Zum andern aber stand für die beiden Antagonisten vielleicht auch zuviel *persönliches Prestige* auf dem Spiel, als dass sie wirklich aus sich herausgehen mochten. Und schliesslich traten sich hier *zwei Konservative* gegenüber, die beide einen EG-Beitritt ablehnen, womit Blochers wiederholter Versuch, die EWR- zu einer EG-Diskussion werden zu lassen, dem Gegner mehr nützte als schadete.

Wieso konnte der faszinierende und erfolgverwöhnte «Volkstribun» Blocher, der im Abstimmungskampf die Säle füllt und grundsätzlich nur vor Hunderten von Zuhörern auftritt, jetzt, wo ihm wohl Zehntausende zusahen, keinen Triumph feiern? Wahrscheinlich deshalb nicht, weil Populismus nur im Dialog mit einem Publikum gedeihen kann. Hier, im kleinen Kreise und vor einem Pseudopublikum, fehlte dem Geiger der Klangkasten seines Instruments: kein Applaus, keine mit Worten formbare Emotionalität, keine Wärme. Er, dessen Strategie offensichtlich darauf abzielte, das Wort zu ergreifen und auch zu behalten, reagierte vor allem im zweiten Teil (Diskussion mit den «Sekundanten» des andern Lagers) irritiert auf die breite Front kritischer Fragen, welche ihm die Initiative, die er zunächst an sich gerissen hatte, völlig aus der Hand nahm. Und er liess sich auf *fragwürdige Behauptungen* ein («die Schutzklauseln sind nur mit Brüssels Bewilligung anrufbar», «der EWR kommt ohne die Schweiz nicht zustande»), die nur in Saalatmosphären stehen bleiben.

Auch das Argumentarium Blochers, Bonnys und Drehers war *«déjà vu»* und eng. Nicht dass es für das Zielpublikum der Unentschlossenen deshalb notwendigerweise weniger wirkungsvoll sein musste als das Schmids, der seine Überzeugungen für einen Spitzenpolitiker vielleicht allzusehr mit dem Vertrauen begründete, das er Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden entgegenbringe. Aber Schmid argumentierte hier geschickt, weil zurückhaltend, mit dem Wind der seit einer Woche als Antwort auf die gegnerische Emotionalisierung spät, aber deutlich intensivierten *Schreckszenarienkampagne* der Befürworter im Rücken. Auf diese hatten die Gegner bis zum Freitag abend offenbar noch *keine Antwort* gefunden. Ihre Brüsseler Bevormundungsvision ist hingegen bereits seit Monaten bekannt; sie kann kaum mehr glühender ausgemalt werden.

Meinungen geändert hat der Fernsehabend wohl nur wenige. Wer vorher schon EWR-Befürworter war, blieb es, vielleicht mit einer kleinen Genugtuung, dass sich die eigene Seite besser darstellte. Auch der EWR-Gegner konnte kaum in seiner Überzeugung erschüttert werden, Blocher (oder Diener oder Gross: auf dieser Seite ist das Motivationsspektrum viel breiter) habe die bessern Argumente, vielleicht mit etwas Ärger darüber vermischt, dass diese auch schon erfolgreicher vorgetragen wurden. Bei den noch *Unentschiedenen* – die im Studio angeblich anwesenden Unentschlossenen waren das offensichtlich meistens nicht – mögen die Auftritte ein *entscheidender Anstoss* zum Schritt ins eine oder andere Lager gewesen sein. Soweit der Fernsehabend überhaupt noch Meinungen bilden konnte, dürfte er vor allem den Befürwortern Zuzug gebracht haben.

Eisenbahnerdemonstration in Erstfeld

bd. Erstfeld, 29. November

Trotz strömendem Regen haben am Sonntag vormittag (gemäss polizeilichen Schätzungen) mehr als 2000 Personen in Erstfeld gegen die Absicht der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen protestiert, in diesem Urner Eisenbahnerdorf kurzfristig rund *75 Stellen abzubauen*. Bei sonst insgesamt zurückhaltenden Reden und Äusserungen stellte Landrat *Stefan Küttel* (sp.) die Frage, ob das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement und der Präsident der SBB-Generaldirektion einen *Rachefeldzug gegen den Kanton Uri führte*n, der – ohne Erstfeld – am 27. September die neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) deutlich abgelehnt hat. Zu diesem Verdacht trägt die Tatsache bei, dass – auf Betreiben des Departements und entgegen den Versprechungen vor der Volksabstimmung – der *regionale Personenverkehr* auf der Schiene in Uri 1994 weitgehend stillgelegt werden soll.

In den Reden hervorgehoben wurde, dass dieser *Bergkanton* an den Rand des Ruins getrieben werde, da auch die PTT Stellen gestrichen hätten und in der Munitionsfabrik Altdorf der Verlust von mehreren hundert Arbeitsplätzen drohe. *Charly Pasche*, Präsident des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes (SEV), bezeichnete es als falsch, strukturschwache Regionen noch mehr zu benachteiligen. *Beat Borer*, Zentralpräsident des hauptsächlich betroffenen Rangierpersonals, hielt fest, dass der *Faktor Mensch* und seine Umgebung einmal mehr übergangen worden seien, nachdem noch vor wenig mehr als einem Jahr das Personal Freitage zu sistieren, Ferien zu verschieben und Überzeit zu leisten hatte.

An einer *Pressekonferenz* erinnerte der SEV-Präsident daran, dass die SBB vor einigen Jahren einen ähnlichen Abbau in Erstfeld *schon einmal* verfügt hätten, worauf bis 1991 wieder Personal rekrutiert worden sei. Der Bahnhof Rotkreuz, der einige zusätzliche Stellen erhält, kann nach gewerkschaftlichen Angaben nicht wesentlich mehr Rangieraufgaben übernehmen. SEV-Vizepräsident *René Bucher* illustrierte die Konzeptionslosigkeit der SBB-Generaldirektion am Posten des Generalsekretärs, der 14 Monate nach seiner Streichung wieder neu geschaffen werde. Durch die Doppelbespannung der Güterzüge zwischen Basel und Chiasso würden *Tausende unnützer Lokomotivkilometer* erforderlich. Die angebliche Kostenneutralität dieser Massnahme genüge nicht, um Personal abzubauen.

Der SEV bedauert, dass die SBB die 80 Prozent der Eisenbahner repräsentierende Gewerkschaft über die in Erstfeld geplanten Massnahmen nicht vorgängig informierten. Er verlangt eine ehrliche und offene Personalpolitik und wünscht eine *echte Sozialpartnerschaft*. Auf die Frage, weshalb diese ausgerechnet einem *sozialdemokratischen* Generaldirektor schwerfalle, erfolgte keine direkte Antwort.

Die Pläne der GSoA für neue Initiativen

Lausanne, 29. Nov. (ap) Die *Gruppe für eine Schweiz ohne Armee* (GSoA) will möglicherweise bereits im kommenden Jahr eine neue *Armeeabschaffungsinitiative* lancieren. Zunächst soll jedoch der Ausgang der Abstimmung über die Initiative gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge abgewartet werden. Wie an der ausserordentlichen Vollversammlung der GSoA am Wochenende in Lausanne weiter beschlossen wurde, sollen für die Abstimmungskampagne gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge insgesamt 350 000 Franken zusammengebracht werden. Die Gruppe plant derzeit auch eine Volksinitiative zur Abschaffung des Zivilschutzes, die im Herbst 1993 lanciert werden soll.

Appell von Professoren zur Jugoslawienhilfe

Für Aufnahme weiterer Flüchtlinge

(sda) In einem Appell fordern 721 Hochschuldozentinnen und -dozenten aus der ganzen Schweiz, unter ihnen zwei Nobelpreisträger, den Bundesrat auf, die Grenzen für weitere Jugoslawienflüchtlinge zu öffnen und die Überlebenshilfe an Ort massiv zu verstärken. In dem offenen Brief, der in Form von Zeitungsinseraten veröffentlicht wurde, weisen die Akademiker darauf hin, dass durch Gewalt, Hunger, Kälte oder Seuchen Zehntausende von Menschenleben bedroht sind.

Angesichts der Hunderttausende, die im ehemaligen Jugoslawien zur Flucht gezwungen wurden, soll die Schweiz nach Auffassung der 721 Hochschuldozenten «grosszügig und unkompliziert» *weitere Opfer des Krieges aufnehmen*, um namentlich Mütter, Kinder und Verwundete vor dem Tod zu retten. Ferner fordern die Dozenten den Bundesrat auf, die *Hilfe an Ort und Stelle* (bisher rund 45 Millionen Franken) *«mindestens zu verdoppeln»*, um Notspitäler, winterfeste Unterkünfte und Hilfsgüter zu ermöglichen. Die Unterzeichner selbst haben ihren Willen zur Hilfe mit Spenden von bisher über *430 000 Franken* dokumentiert.

Parolen zu EWR-Abstimmung

Ja

Parteien

Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)
Sozialdemokratische Partei
Liberale Partei der Schweiz
Landesring der Unabhängigen
Evangelische Volkspartei
Partei der Arbeit
Europa-Partei der Schweiz

Abweichende Kantonalparteien

SVP BE, VD
Grüne Partei FR, GE, NE, VD

Verbände

Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen
Vorort des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins
Schweizerischer Gewerbeverband
Bankiervereinigung
Verein schweizerischer Maschinen-Industrieller
Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie
Schweizer Hotelier-Verein
Zahlreiche weitere Branchen- und Berufsverbände

Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz
Schweizerischer Kaufmännischer Verband
Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände
Einzelgewerkschaften und weitere Personalverbände

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
Schweizerische Hochschulrektorenkonferenz
Schweizerischer Wissenschaftsrat
Neue Helvetische Gesellschaft
Europa-Union Schweiz
Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände

Konsumentinnenforum Schweiz
Schweizerischer Konsumentenbund
Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz
Caritas Schweiz

Kantone

Sämtliche Kantonsregierungen

Nein

Parteien

Schweizerische Volkspartei (SVP)
Grüne Partei der Schweiz
Autopartei der Schweiz
Eidgenössisch-Demokratische Union
Schweizer Demokraten
Frauen macht Politik

Abweichende Kantonalparteien

FDP GR, SZ
CVP NW, OW

Verbände

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
Schweizerischer Nutzfahrzeugverband (Astag)
Schweizerischer Bauernverband
Vereinigung zum Schutze der kleinen und mittleren Bauern
Schweizer Wirteverband
Verband schweizerischer Gemüseproduzenten
Schweizerischer Drogistenverband
Schweizerischer Detaillistenverband
Schweizerischer Bund für Naturschutz

Abweichende Unterverbände

Kantonale Gewerbeverbände AG, AI, BE, BL, GR, NW, TG, ZH

Stimmfreigabe

Redressement national

Schweizerischer Baumeisterverband
Verbindung der Schweizer Ärzte

WWF Schweiz
Schweizerische Energiestiftung

Grüne BL, JU

(Quelle: SDA)

Kurzmeldungen

Täglich 260 Fragen ans Europatelefon. Nach 75 Tagen hat das Europa-Auskunftstelefon des Integrationsbüros EDA/EVD seine Tätigkeit eingestellt. Insgesamt waren etwa *18 500 Anrufe* eingegangen, wobei das grösste Interesse Fragen der Sozialversicherung und des freien Personenverkehrs galt. Gegen 8000 Personen liessen sich Dokumentationsmaterial zustellen. Pro Auskunftstag läutete das Europatelefon im Durchschnitt mehr als 260mal. *(sda)*

Förderung der Herzmedizin. Die Schweizerische Stiftung für Kardiologie hat sich in *«Schweizerische Herzstiftung»* umbenannt. Sie fördert die Forschung und betreibt präventive Öffentlichkeitsarbeit. Anlässlich ihres 25jährigen Bestehens verlieh sie neben dem Kardiologiepreis 1992 – er ging an *PD Wolfgang Kiowski* (Basel) – einen Jubiläumspreis, und zwar an *Gianfranco Domenighetti*, Direktor im Tessiner Gesundheitsdepartement, für vorbildliche Aufklärungsarbeit. *(Mitg.)*

Neuer «Tokamak» in Lausanne in Betrieb. Die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (EPFL) hat ihren zweiten «Tokamak» für Experimente zur Kernfusion in Betrieb genommen. Im reifenförmigen Reaktor, einer Forschungsanlage für Plasmaphysik und Kerntechnik, zirkuliert nun ein Stromfluss von 50 000 Ampere. Es handelt sich um die bisher *grösste Forschungseinrichtung* der EPFL. *(sda)*

Neuer Informatikprofessor an der ETH. Der Bundesrat hat den 34jährigen deutschen Staatsangehörigen *Klaus Simon*, Oberassistent an der ETH Zürich, zum Assistenzprofessor für Informatik an dieser Hochschule gewählt. *zz.*

Fixe Teuerungszulage in der Uhrenindustrie. Die Arbeitnehmer der schweizerischen Uhrenindustrie erhalten ab 1. Januar 1993 eine monatliche Teuerungszulage von *120 Franken*. Diesen Beschluss haben die Arbeitgeberkonvention der Uhrenindustrie und die Gewerkschaften SMUV und CMV gefasst. Er gilt für zwei Drittel der schweizerischen Betriebe. *(sda)*

Institut für Tourismuswirtschaft in Luzern. Die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule Luzern erhält auf Anfang 1993 ein Institut für Tourismuswirtschaft. *(sda)*

Anzeige REX317 096L

